

Neue Steuern für die Entwicklungsfinanzierung?

Ein Bericht der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) diskutiert neue Steuern zur Finanzierung der Millenniumsentwicklungsziele der UNO. Gleichzeitig will die Schweiz eine Steueroase bleiben und zieht so unbesteuerte Gelder aus den Entwicklungsländern ab.

André Rothenbühler

Um die Millenniumsentwicklungsziele wie die Halbierung der extremen Armut bis 2015 zu erreichen, ist eine massive Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe notwendig. Die UNO-Kommission des US-Ökonomen Jeffrey Sachs empfiehlt eine stufenweise Erhöhung auf 195 Mrd. US-Dollar im Jahr 2015. Dies entspräche 0,54 % des Bruttonationaleinkommens (BNP) der wichtigsten Geberländer. Momentan liegt dieser Anteil bei 0,25 %. Vor über 30 Jahren hatte die UNO das Entwicklungsziel von 0,7 % des BNP formuliert, doch nur die wenigsten Staaten haben dieses Versprechen eingelöst. Die Schweiz als eines der reichsten Länder der Welt gehört nicht dazu; ja, nur dank dem Trick, die Kosten von Asylbewerbern aus Entwicklungsländern zur Entwicklungshilfe zu zählen, will der Bundesrat sein Ziel von 0,4 % des BNP bis 2010 erreichen.

Die Autoren des Deza-Berichts befürchten einen Imageschaden für die Schweiz, wenn sie nicht mehr Mittel für die Entwicklungshilfe bereitstellt. Derzeit sind auf internationaler Ebene verstärkte Anstrengungen zu beobachten, um neue Finanzierungsquellen für die Millenniumsentwicklungsziele zu erschliessen. Im Bericht werden vor allem neue Steuervorschläge unter die Lupe genommen, von der Besteuerung der Devisentransaktionen (Tobin-Steuer oder Spahn-Steuer) über eine Energie- oder Kerosinsteuer bis hin zu einer Byte-Steuer im Internet.

Die Autoren kommen zum Schluss, dass in der Schweiz die Einführung ökologischer Steuern (Energie- oder Kerosinsteuer als Ergänzung zur CO₂-Abgabe) Priorität haben sollte. Zudem empfehlen sie, die Finanzierung der Ausgabe von Obligationen auf dem internationalen Kapitalmarkt zugunsten der Entwicklungsländer in Kombination mit der Tobin- oder Spahn-Steuer zu prüfen.

Der Bericht liefert einen guten Überblick über die neuen Finanzierungsmodelle und zeigt Handlungsperspektiven für die Schweiz. Gleichzeitig lenkt er aber, genauso wie die derzeit geführte Entwicklungsdiskussion, von der zentralen Frage ab. Nicht die fehlenden Mittel sind das Hauptproblem, sondern der anhaltende Reichtumstransfer aus dem Süden in den Norden.

Wenn Industriestaaten (mit ihrer Subventionspolitik) und multinationale Konzerne die Weltmarktpreise für Agrarprodukte drücken, verschlechtern sich die Austauschbedingungen der Entwicklungsländer. Wenn die Konzerne die Beschäftigten ausbeuten und die Gewinne systematisch ins Ausland verschieben statt sie zu reinvestieren, sind die Entwicklungsländer ebenfalls die Geprellten. Auch die hohe Verschuldung und die Rückzahlung von Schuldzinsen verhindern die Armutsbekämpfung und den wirtschaftlichen Aufschwung.

Es ist paradox, dass die Schweiz neue Steuern für die Finanzierung der Entwicklungshilfe einführen soll, wenn sie gleichzeitig als Steueroase Beihilfe zur internationalen Steuerhinterziehung leistet und so viele Milliarden aus den Entwicklungsländern abzieht. Insgesamt verlieren die Entwicklungsländer durch Steuerflucht, schädlichen Steuerwettbewerb und Gewinnverschiebungen durch Individuen und Firmen schätzungsweise 90 Mrd. Dollar jährlich. Allein durch von Schweizer Banken verwaltete Vermögen von Privatpersonen entgehen den Ländern des Südens jährlich mindestens 5 Mrd. Dollar an Steuern. Zum Vergleich: Die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz lag 2004 bei rund 1,4 Mrd. Dollar.

Die Schweiz ist bis heute nicht bereit, internationale Rechtshilfe bei Steuerhinterziehung zu leisten und die steuerliche Vorzugsbehandlung von Holdings aufzugeben. Statt beim automatischen Informationsaustausch über Zinserträge von EU-Bürgern mitzumachen, hat die Schweiz mit der EU das leicht zu umgehende Zinsbesteuerungsabkommen ausgehandelt. Sie tut weiterhin (fast) alles, um als Steuerfluchthafen attraktiv zu bleiben.

Die Aktion Finanzplatz Schweiz würde die Einführung einer Steuer auf Devisentransaktionen ebenso wie eine Abgabe auf Flugbenzin begrüßen. Gleichzeitig muss unser Land aber aufhören, Beihilfe zur Steuerhinterziehung zu leisten.

Walter Hofer (Deza), Richard Gerster und Roland Jenni (Gerster Consulting): New Sources of Development Financing: an SDC Working Paper. Bern 2005.